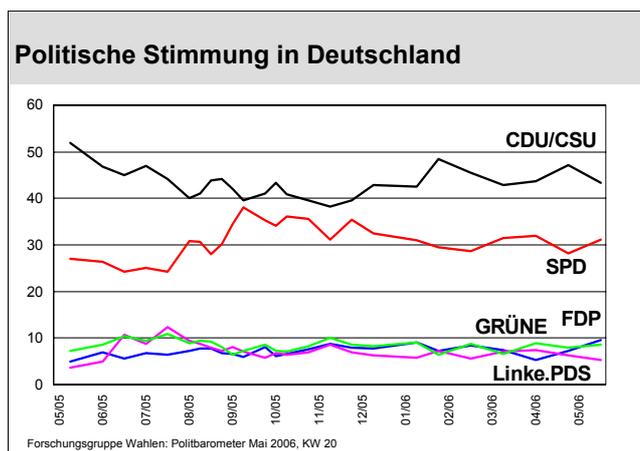


Vom 16.-18.05.06 wurden in Deutschland 1.164 zufällig ausgewählte Wahlberechtigte telefonisch befragt. Hier die wichtigsten Ergebnisse:

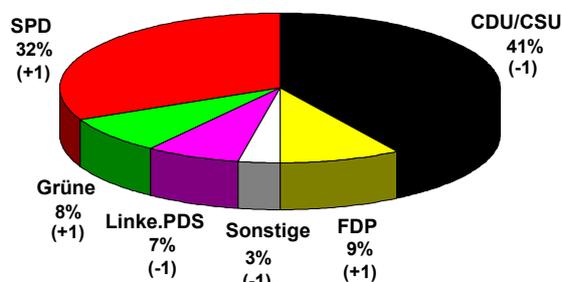
Nachdem der Abstand zwischen CDU/CSU und SPD Ende April auf 19 Punkte angewachsen war, verkürzt sich dieser in der aktuellen politischen Stimmung wieder: Die Union kommt mit Einbußen von vier Prozentpunkten nun auf 43%, die SPD legt drei Punkte zu und erreicht 31%. Die FDP verbessert sich auf 10% (+3), die Linkspartei erreicht nur noch 5% (-1), leichte Gewinne haben die Grünen, die jetzt auf 9% (+1) kommen. Die sonstigen Parteien liegen zusammen bei 2% (-1).



Wenn jedoch am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre, würden längerfristige Grundüberzeugungen und taktische Überlegungen das Wahlverhalten stärker beeinflussen, als es in den augenblicklichen Stimmungen zum Ausdruck kommt. Dem trägt unsere Projektion Rechnung.

Wäre am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl, käme die CDU/CSU bei geringfügigen Einbußen auf 41% (-1), die SPD würde sich auf 32% (+1) verbessern. Die FDP könnte ein weiteres Mal zulegen und käme auf 9% (+1), die Linke.PDS könnte nur noch mit 7% (-1) rechnen, und die Grünen würden sich wieder auf 8% (+1) verbessern. Die sonstigen Parteien kämen zusammen auf 3% (-1). Somit hätten neben einer großen Koalition auch Union und FDP eine Mehrheit im Parlament.

**Projektion:**  
Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre ...



Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer Mai 2006, KW 20; Gewinne und Verluste zur KW 17 in Klammern.

## Regierung und Opposition

Die Leistungen der Bundesregierung insgesamt bewerten die Bürger momentan nur noch mit einem Wert von 0,2, und auch der CDU/CSU geben die Befragten bei der Einzelbewertung der beiden Regierungspartner eine leicht verschlechterte Note von 0,4. Durch den etwas verbesserten Durchschnittswert, den die SPD für ihre Arbeit im Kabinett (0,4) erhält, liegen nun beide Koalitionspartner bei der Leistungsbeurteilung gleichauf. Alle drei Oppositionsparteien werden aktuell etwas besser als Ende April bewertet: Die FDP liegt mit einer Note von 0,0 nun nicht mehr im Minusbereich der +5/-5-Skala, die Grünen werden für ihre Oppositionsarbeit mit -0,6 bewertet. Zwar ist es auch für die Linkspartei.PDS wieder leicht aufwärts gegangen, bei einem Durchschnittswert von -2,1 fällt das Urteil der Bürger aber weiterhin sehr negativ aus.

## Zufriedenheit mit Regierung und Opposition:

(Mittelwerte auf einer Skala von +5 bis -5)

	Mrz	Apr-I	Apr-II	Mai
Regierung ges.	0,5	0,5	0,5	0,2
CDU/CSU in d. Reg.	0,6	0,6	0,6	0,4
SPD in d. Reg.	0,3	0,4	0,3	0,4
FDP-Opposition	-0,4	-0,4	-0,3	0,0
Linke.PDS-Opp.	-2,2	-2,1	-2,3	-2,1
Grüne-Opposition	-0,8	-0,6	-0,9	-0,6

Für 34% der Deutschen macht es einen großen Unterschied, wer im Bund regiert. 29% sagen, dass dies für sie keinen so großen Unterschied macht, für 35% spielt es so gut wie keine Rolle.

## Beurteilung der zehn wichtigsten Politiker:

(Mittelwerte +5/-5-Skala)

	alle Befragte				eigene Anhänger			
	Mrz	Apr-I	Apr-II	Mai	Mrz	Apr-I	Apr-II	Mai
Angela Merkel	2,2	2,1	2,2	2,0	3,7	3,5	3,6	3,5
Kurt Beck	---	---	---	1,7	---	---	---	2,8
Matthias Platzeck	1,4	1,7	1,8	1,6	2,0	2,4	2,6	2,4
Frank-Walter Steinmeier	1,3	1,4	1,4	1,3	1,6	1,7	1,8	1,6
Peer Steinbrück	1,2	1,5	1,4	1,1	1,8	2,0	1,7	1,6
Wolfgang Schäuble	1,0	1,0	0,8	1,0	2,1	2,1	2,0	2,2
Franz Müntefering	0,8	0,9	0,7	0,7	1,7	1,7	1,6	1,6
Ursula von der Leyen	---	---	---	0,7	---	---	---	1,7
Guido Westerwelle	-0,2	-0,3	-0,1	0,0	1,9	2,4	1,4	2,0
Edmund Stoiber	-1,2	-0,9	-0,7	-0,7	0,1	0,6	0,8	0,8

Nach Meinung der Befragten gehören der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff sowie Landwirtschafts- und Verbraucherminister Horst Seehofer aktuell nicht mehr zu den zehn wichtigsten Politikern und Politikerinnen im Land. Erstmals im Ranking sind der neue SPD-Vorsitzende Kurt Beck und Familienministerin Ursula von der Leyen. Wie immer wurde die Einstufung nach Leistung und Sympathie mittels einer Skala von +5 bis -5 vorgenommen. Trotz leichter Verluste führt Bundeskanzlerin Angela Merkel mit einem Durchschnittswert von 2,0 nach wie vor das Ranking an. Neueinsteiger Kurt Beck folgt mit einer Note von 1,7 auf Platz zwei und liegt damit knapp vor seinem Vorgänger im Amt des SPD-Vorsitzenden; im Vergleich zum letzten Mal hat Matthias Platzeck Einbußen von zwei Zehnteln (1,6). Außenminister Frank-Walter Steinmeier wird aktuell mit einer geringfügig schlechteren Note von 1,3 beurteilt; 40% der Befragten ist er jedoch nicht ausreichend bekannt, um ihn benoten zu können. Recht deutliche Verluste gibt es für Finanzminister Peer Steinbrück, der mit 1,1 eingestuft wird, wieder leicht zulegen konnte dagegen Innenminister Wolfgang Schäuble (1,0). Mit konstant 0,7 beurteilen die Befragten Arbeitsminister Franz Müntefering, auf einen Durchschnittswert von 0,7 kommt ebenfalls Neueinsteigerin Ursula von der Leyen. Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle wird jetzt nicht mehr negativ bewertet (0,0), und Schlusslicht bleibt mit einer konstanten Beurteilung von -0,7 der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber.

## Die wichtigsten Themen im Mai

Neben dem mit Abstand wichtigsten Thema Arbeitslosigkeit sind im Mai vor allem das Gesundheitswesen sowie Fragen zu Familie, Jugend und Kindern für die Deutschen relevant.

### Die wichtigsten Themen im Mai:

	Apr-II	Mai
Arbeitslosigkeit	76 %	74 %
Gesundheitswesen/Pflege	11 %	14 %
Familie/Jugend/Kinder	12 %	11 %
Steuern/Steuererhöhungen	5 %	10 %
Rente/Alterssicherung	10 %	10 %
Wirtschaftslage	9 %	9 %
Kosten/Preise/Löhne	9 %	8 %
Politik(er)verdross/Affären	6 %	8 %
Bildung/Schule	8 %	7 %
Ausländer/Zuwanderung	8 %	6 %

## Wohin entwickelt sich die SPD?

Die absolute Mehrheit der Befragten (54%) erwartet, dass sich die SPD nach der Wahl Kurt Becks zum neuen Parteivorsitzenden weder deutlich nach rechts noch nach links entwickeln wird. 21% rechnen mit einer Ausrichtung nach links und nur 7% mit einer Tendenz eher nach rechts, 18% wissen es nicht.

### Mit dem neuen Vorsitzenden Kurt Beck wird sich die SPD eher ... entwickeln:

	nach links	nach rechts	nicht viel anders	w.n.
alle	21 %	7 %	54 %	18 %
CDU/CSU-Anh.	23 %	8 %	53 %	16 %
SPD-Anh.	23 %	7 %	58 %	13 %
FDP-Anh.	21 %	7 %	57 %	15 %
Linke.PDS-Anh.	28 %	5 %	48 %	19 %
Grüne-Anh.	26 %	13 %	46 %	15 %

## Verhältnis innerhalb der Großen Koalition

Obwohl es zwischen den beiden Koalitionspartnern in letzter Zeit häufiger Konflikte zu geben scheint, bezeichnet eine – wenn auch etwas gesunkene – absolute Mehrheit von 57% der Deutschen (April-II: 63%) das Verhältnis zwischen CDU/CSU und SPD als eher gut; 35% sind der Meinung (April-II: 32%), dass die internen Beziehungen eher schlecht sind, und 8% machen dazu keine Angabe (April-II: 5%).

### Das Verhältnis zwischen CDU/CSU und SPD in der Bundesregierung ist eher ...

	gut	schlecht	weiß nicht
alle	57 %	35 %	8 %
CDU/CSU-Anh.	67 %	28 %	5 %
SPD-Anh.	64 %	32 %	4 %
FDP-Anh.	57 %	34 %	10 %
Linke.PDS-Anh.	41 %	46 %	12 %
Grüne-Anh.	61 %	35 %	4 %

## Problemlösung durch Große Koalition?

Bereits zu Beginn der Großen Koalition waren die Zweifel an der Problemlösungsfähigkeit der Bundesregierung je nach Politikbereich recht groß; diese haben jetzt nach einem halben Jahr Schwarz-Rot nochmals zugenommen: Nur noch 29% rechnen damit, dass die Koalition die Arbeitslosigkeit merklich senken wird. Eine klare Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage erwarten nun 47% der Bürger. Besonders gering ist das Vertrauen in die Bundesregierung beim Thema Rente: Nur 20% rechnen bei der Alterssicherung mit entscheidenden Impulsen durch Schwarz-Rot. Die Reformierung des Gesundheitswesens trauen der Regierung lediglich 27% zu. Im Hinblick auf die finanzpolitische Kompetenz der Bundesregierung sind die Zweifel ebenfalls größer geworden: Nur 36% sind der Meinung, dass die Koalition bei der Bekämpfung des Haushaltsdefizits einen wichtigen Schritt voran kommen wird.

### Die Große Koalition wird einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Probleme im Bereich ... leisten:

	Nov-II	Mai
<b>Arbeitsmarkt</b>	48 %	29 %
<b>Wirtschaft</b>	61 %	47 %
<b>Rente</b>	24 %	20 %
<b>Gesundheit</b>	33 %	27 %
<b>Finanzen</b>	45 %	36 %

## Haushaltsprobleme wie lösen?

Wenn es ganz allgemein darum geht, wie die Haushaltsprobleme gelöst werden sollen, herrscht bei den Befragten große Einigkeit: 77% sind für Ausgabenkürzungen, 8% sprechen sich für die Erhöhung von Steuern und Abgaben aus, nur 5% befürworten zusätzliche Schulden, und weitere 10% antworten nicht. Jeweils alle Parteianhängergruppen favorisieren Einsparungen, allerdings gibt es in den Reihen der Linke.PDS und der Grünen etwas mehr Zustimmung für Steuererhöhungen als bei Union, SPD und FDP.

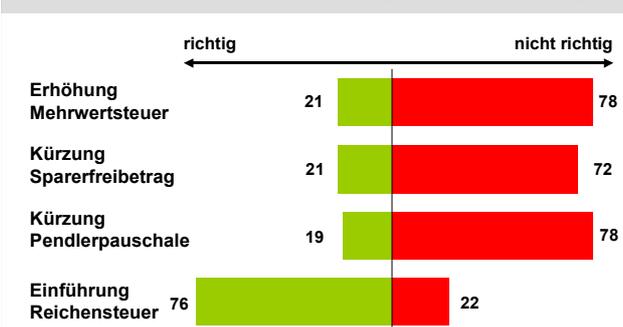
### Wie sollen die fehlenden finanziellen Mittel aufgebracht werden?

	Steuern erhöhen	Ausgaben kürzen	Schulden machen
alle	8 %	77 %	5 %
CDU/CSU-Anh.	7 %	82 %	4 %
SPD-Anh.	10 %	78 %	6 %
FDP-Anh.	4 %	88 %	2 %
Linke.PDS-Anh.	14 %	62 %	4 %
Grüne-Anh.	17 %	72 %	6 %

## Veränderungen im Steuerrecht

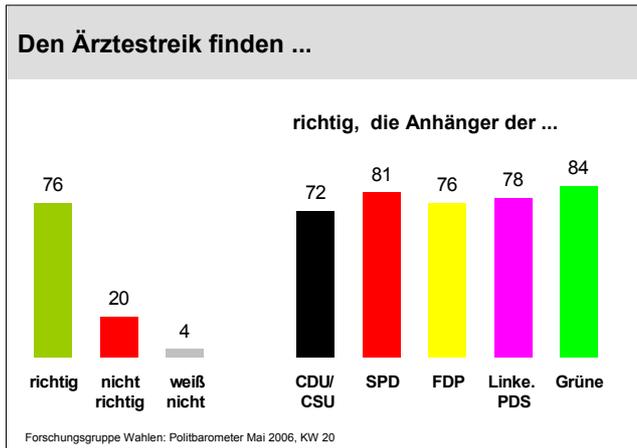
Mit Ausnahme der Reichensteuer werden die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen mehrheitlich abgelehnt: Nur 21% der Befragten finden die Erhöhung der Mehrwertsteuer richtig, 78% finden sie nicht richtig. Die geplante Kürzung des Sparerfreibetrags wird ebenfalls nur von 21% befürwortet, 72% finden diese Maßnahme nicht richtig. Der Kürzung der Entfernungspauschale für Berufspendler stimmen lediglich 19% der Deutschen zu, 78% finden es nicht richtig, wenn hier die steuerliche Förderung eingeschränkt wird. Einzig und allein die Reichensteuer wird von der Mehrheit der Bürger (76%) befürwortet, nur 22% finden die stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen nicht richtig.

### Beschlossene Maßnahmen: Richtig oder nicht richtig?



## Ärztestreik

Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger (76%) steht hinter dem nun schon viele Wochen andauernden Streik der Ärzte der Unikliniken und Landeskrankenhäuser für mehr Gehalt und bessere Arbeitsbedingungen, nur 20% finden den Streik nicht richtig (weiß nicht: 4%). Recht einig sind sich in diesem Punkt die Anhänger der verschiedenen Parteien. In den westdeutschen Bundesländern (78%) stimmen dem Streik noch etwas mehr Befragte zu als in den ostdeutschen Ländern (71%).



## BND-Affäre

Eine relative Mehrheit von 44% sieht sich außerstande, die Affäre um den Bundesnachrichtendienst und deren Auswirkungen auf die Pressefreiheit zu beurteilen. Knapp ein Drittel (31%) ist der Meinung, dass die Pressefreiheit durch die Bespitzelung von Journalisten gefährdet war, die der BND mit der Begründung durchführte, eine undichte Stelle in den eigenen Reihen finden zu wollen. Für 25% stellte dies keine Bedrohung der Pressefreiheit dar.

## Allgemeine wirtschaftliche Lage

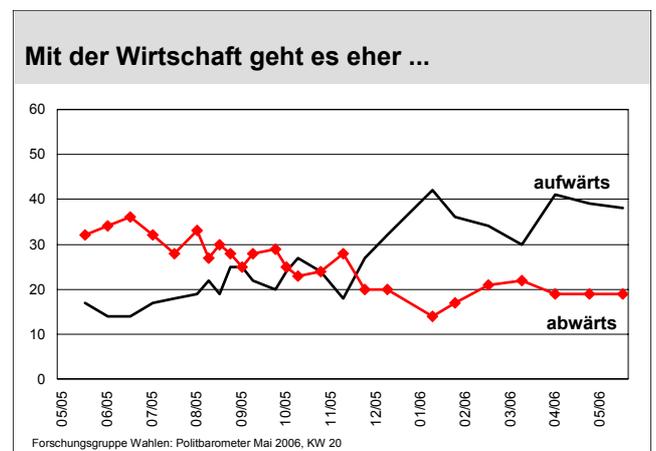
Nahezu konstant fällt die Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland aus: 12% sagen zurzeit, dass es uns wirtschaftlich gut geht; teils gut, teils schlecht finden die Lage 57%, und 31% halten die ökonomische Situation für schlecht.

### Allgemeine wirtschaftliche Lage:

	Mrz	Apr-I	Apr-II	Mai
gut	10 %	11 %	13 %	12 %
teils/teils	52 %	54 %	55 %	57 %
schlecht	38 %	35 %	32 %	31 %

## Wirtschaftliche Entwicklung

Wenig Bewegung gibt es ebenfalls bei den Erwartungen der Befragten, was die wirtschaftliche Entwicklung anbelangt: 42% rechnen mit keinen großen Veränderungen, 38% gehen davon aus, dass es konjunkturell aufwärts geht, und 19% sehen das Land in einem ökonomischen Abwärtstrend.



## Eigene wirtschaftliche Lage

Die eigene wirtschaftliche Lage wird von 47% der Befragten als gut bezeichnet, 39% schildern diese als teils gut, teils schlecht, 13% geben an, dass sie in schlechten ökonomischen Verhältnissen leben.

### Eigene wirtschaftliche Lage:

	Mrz	Apr-I	Apr-II	Mai
gut	48 %	45 %	47 %	47 %
teils/teils	39 %	41 %	40 %	39 %
schlecht	13 %	13 %	13 %	13 %

**Herausgeber:** Forschungsgruppe Wahlen e.V.  
68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel. 0621/1233-0  
FAX: 0621/1233-199, Internet: [www.forschungsgruppe.de](http://www.forschungsgruppe.de)

E-Mail: [info@forschungsgruppe.de](mailto:info@forschungsgruppe.de)

Die Politbarometer-Untersuchungen werden im Auftrag des ZDF erhoben. Tag der Sendung: 19.05.06. Nächste Sendung: Freitag, der 16.06.06 nach dem "heute-journal". Die Fehlertoleranz bei 1.250 Befragten und einem Parteiateil von 40% beträgt plus/minus 2,7 Prozentpunkte, bei einem Parteiateil von 7% liegt sie bei plus/minus 1,4 Prozentpunkten. In der Vergangenheit waren die Umfrageergebnisse der Forschungsgruppe Wahlen aber häufig deutlich genauer. Rundungsbedingt kann es vorkommen, dass die Summe der ausgewiesenen Prozente nicht 100 beträgt. Für diesen Überblick erheben wir eine jährliche Schutzgebühr in Höhe von € 25,- bei Postversand und € 15,- bei Versand als E-Mail. Nachdruck mit Quellenangabe und Belegexemplar gestattet.

Hinweis zu den Tabellen:

Mrz: PB KW 10/2006  
Apr-II: PB KW 17/2006

Apr-I: PB KW 14/2006  
Mai: PB KW 20/2006